

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14,— M., vierteljährlich 42,— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.  
 Die einpolige 37 mm breite Zeile 4,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter 12 Zeilen u. Wohnungsanzeigen, 1 polige Zeile u. Beilagen 2,— M. Bezugsgeb. laut Tarif. Ausland, Nachfr. geg. Vorauszahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 3 Pf.

Schriftleitung und Kompositoren:  
 Marienstraße 38/40.  
 Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
 Postfach-Route 1068 Dresden.

Drohanschritt: Nachrichten Dresden.  
 Verlagspreis: Gemeinnummer 25 241.  
 Nur für Nachgelieferter: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Deutschland und das Finanzkonsortium.

### Zunächst die Donaustaaten als Arbeitsfeld.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
 London, 3. Jan. „Daily Telegraph“ betont, daß das unheimliche Kommuniqué der alliierten Wirtschaftslente die prinzipielle wichtige Entscheidung enthalte, daß Deutschland in das beabsichtigte Finanzkonsortium aufgenommen wird. Ferner stellt das Blatt fest, daß jede Veräufung des projektieren Kapitals vorerst verfrüht sei. Uebrigens sei eine spätere Erhöhung selbstverständlich. Das Blatt glaubt, daß die Donaustaaten zuerst das Arbeitsfeld abgeben werden. Wie die Blätter feststellen, steht die Frage, welche Währung für das Kapital gewählt wird, noch offen. Die Dienstbarmachung der Dölfte der deutschen Anteile für die Reparation wird begrüßt; jedoch werden Bedenken gegen eine direkte Beteiligung der deutschen Regierung geltend gemacht, weil auch die übrigen Länder nicht direkt durch ihre Regierung mitwirken, sondern nur durch Privatkapital beteiligt sind.

### Kathenaus Abreise nach Cannes.

Paris, 3. Jan. Dr. Nathanael begibt sich, wie verlautet, auch nach Cannes.

### Der deutsche Vertreter beim Neujahrsempfang in Washington.

Washington, 3. Jan. Der deutsche Geschäftsträger Lang und drei Attachés der deutschen Botschaft waren beim Empfang im Weißen Hause anlässlich des Neujahrstages zugegen. (W. Z. B.)

### Belgisch-französische Vorbereitungen für Cannes.

Paris, 3. Jan. „Le Matin“ teilt die belgische Ministerpräsident Thonnis und der Minister des Inneren Jaspars heute in Paris ein, um mit Briand vor der Abreise nach Cannes eine Besprechung zu haben. (W. Z. B.)  
 Die Forderungen Belgiens auf der Pariser Industrie-Konferenz.

Brüssel, 3. Jan. Der „Soir“ schreibt: Die belgischen Delegierten überreichten auf der Konferenz der Industrieellen und Finanzleute in Paris am Sonntagabend eine ausführliche Note, in der in deutscher Sprache die Fragen angegeben werden, die nach ihrer Auffassung gelöst werden müßten. Die Belgier betonen besonders, daß die frühere Situation respektiert werden müsse. (W. Z. B.)

### Der italienisch-erbische Konflikt vor dem Völkerverbund.

Paris, 3. Jan. „Le Matin“ berichtet die Besgrader Meldung, wonach der Oberste Rat mit dem Zwischenfall von Sebenico befaßt werden solle. Das Blatt glaubt vielmehr zu wissen, daß die Angelegenheit dem Völkerverbunde unterbreitet werden solle.

### Eine neue nationale Partei Lloyd Georges?

Die englischen Neuwahlen im Februar.  
 London, 3. Jan. „The Daily News“ glaubt die Nachricht, daß im Februar Neuwahlen zum Parlament stattfinden werden, bekräftigen zu können. Lloyd George werde bei seiner Rückkehr aus Cannes, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, dem König raten, das Parlament vor dem 30. Januar, an dem die Kammern einberufen werden sollten, bereits aufzulösen. Lloyd George werde gleichzeitig die Bildung einer neuen nationalen Partei ankündigen. (W. Z. B.)

### Irland und das Abkommen mit England.

London, 3. Jan. Wie aus Dublin gemeldet wird, nimmt der Daily Citizen heute die Verhandlungen über das englisch-irische Abkommen wieder auf. Ein beträchtlicher Teil des irischen Volkes scheint der Ratifizierung des Abkommens gütig gegenüber zu stehen. (W. Z. B.)

### Zwang gegen Japan in der Schantung-Frage?

Paris, 3. Jan. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington wird der Senator Borah im Senat, sobald dieser über das Viermächte-Abkommen im Stillen Ocean verhandelt, einen Änderungsantrag einbringen, der das Ziel verfolgt, Japan zu nötigen, Schantung und die anderen chinesischen Gebiete, die es augenblicklich im Besitz hat, an China zurückzugeben.  
 Keine japanisch-französischen Sondervereinbarungen über die Offfragen.

Washington, 3. Jan. Die Delegierten der Republik des fernen Ostens, die verlangen, daß die fibrische Frage auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werde, veröffentlichten eine Reihe von Dokumenten, die beweisen sollen, daß Frankreich und Japan sich seinerzeit einigten 1. bezüglich des Zusammenwirkens gegen die Bolschewisten in Sibirien und Europa und 2. über ein Zusammenwirken auf der Washingtoner Konferenz. Die französisch-japanischen Delegierten erklärten mit allem Nachdruck, daß die als Beweismaterial vorgelegten Dokumente Fälschungen seien. (W. Z. B.)

### Urtellung des Kabelrechts auf Jap.

Washington, 1. Jan. Die Chefs der Delegationen der fünf Großmächte haben mit Holland ein Abkommen über das Kabelrecht auf der Insel Jap getroffen. Dasselbe wird Holland, den Vereinigten Staaten und Japan übertragen. (W. Z. B.)

### Das Ende des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 3. Jan. Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes hat über den Ausbruch der Eisenbahner einen Beschlufs gefaßt, in dem er der am 31. Dezember zustande gekommenen Vereinbarung unter der Voraussetzung zustimmt, daß sowohl die Ergänzungsverhandlungen zur Vereinbarung wie auch die am 3. Januar beginnenden allgemeinen Verhandlungen eine durchgreifende Regelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse für alle Orte bringen. Die Annahme des Vorstandes des deutschen Eisenbahnerverbandes an die Bezirksorganisationen, für die schnellste Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten, hat den gewünschten Erfolg gehabt. Im wesentlichen Streikgebiete ist ein großer Teil der Arbeiter wieder erschienen. Am Dienstag glaubt man, den regelmäßigen Verkehr wieder aufnehmen zu können.

### Das Sandgranatenattentat in Dinkelsbühl.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
 Augsburg, 3. Januar. In der in der Silvesternacht in dem mittelalters Stadtchen Dinkelsbühl mit teuflischer Ueberlegung verübten Mordtat, über die wir bereits berichtet, ist noch zu melden, daß der Anschlag nicht der harmlosen Bevölkerung, sondern den Sicherheitsorganen der Stadt galt. In der Art der ersten Sandgranate im Felde war ein Zirkelstich konstruiert worden, das mit Dynamit, Drahtstücken, Schrot, Glas und Nägeln gefüllt war und mit einem elektrischen Leitungsdraht zur Explosion gebracht wurde. Die Wirkung war fürchterlich. Von den verletzten harmlosen Passanten, deren Zahl sich auf über 50 beläuft, ist die Hälfte tödlich bzw. schwer verletzt. Einzelne Personen waren buchstäblich mit Sprengstücken gespickt. Amputationen sind erforderlich. Als Täter wurden 3 Verurtheilte aus Arbeiterkreisen im Alter von 17—23 Jahren verhaftet. Sie gaben als Grund an, einen Machtwort gegen die Polizei ausgeübt zu haben, denn am gleichen Nachmittag war einer ihrer Kollegen wegen eines anderen Delictes ins Gefängnis eingeliefert worden, dessen Freilassung sie vergeblich zu erlangen trachteten. Man vermutet aber, daß hinter dem schändlichen, auf die Polizei gemünzten Verbrechen kommunikativer Terror steht.

### Der Abschied der Marine von der alten Flagge.

Berlin, 3. Jan. Am 1. Januar 1922, mittags 12 Uhr, wurde auf der deutschen Kriegsmarine die ruhmbedeute schwarz-weiß-rote Flagge niedergelassen. Der Ober der Marineleitung, Admiral Behnde, macht der Marine davon Mitteilung in einem Erlass, in dem es heißt:

„Der Abschied vom Jahre 1921 gewinnt für uns besondere Bedeutung: wir nehmen mit ihm zugleich Abschied von unserer alten ruhmreichen Flagge! Ueber ununtergehrlichen Taten in Arica und Frieden auf allen Meeren und allen Küsten hat sie gewacht. Tausende von braven Seeleuten und Soldaten sind unter ihr den Heldenstod gestorben. Keiner unter uns, der nicht voll Stolz zu ihr aufblickt als zu dem Wahrzeichen einstiger deutscher Macht und Seegeltung.“

Was wir empfinden, wenn diese Flagge sinkt, vernehmen wir in unserem Herzen. Unsere ganze Laftkraft aber gehört noch wie vor unserem Volk und Vaterlande. Und wenn von heute an dessen neues Hoheitszeichen über uns weht, soll es uns bereit finden zu unveränderter Ehre und Treue. Unerschütterlich steht im Glauben an Deutschlands bessere Zukunft wollen wir der neuen Flagge auf allen Meeren daselbe Ansehen schaffen wie der alten!“

### v. Tirpitz über seinen Rücktritt.

Berlin, 3. Jan. Im „Grenzboten“ veröffentlicht Großadmiral v. Tirpitz einen Artikel über seinen Rücktritt. Danach sind die Gründe dieses Rücktritts die, daß der Admiralsstabschef nach dem Vortrage vom 6. März 1918 nach Berlin mit der offiziellen Mitteilung zurückgekehrt war, daß der Unterseebootskrieg endgültig aufgegeben sei. Nach Ansicht v. Tirpitz war damit eine Entscheidung getroffen, die mit großer Wahrscheinlichkeit zum Verlust des Krieges führen mußte, wenn nicht ein baldiger Friedensschluß in Aussicht stand. Durch seine oblige Ausbeidung von 10 wichtigen maritimen Maßnahmen aber sei das Weiterverbleiben für ihn, Tirpitz, auf seinem Posten unmöglich geworden, um so mehr, als sein Verlangen nach Renteur mit der Aufforderung, seinen Abschied einzureichen, beantwortet worden war.

### Was wurde aus der Ludendorff-Spende?

Man schreibt uns von unterrichteter Seite: Die Ludendorff-Spende betrug 100 Millionen Mark. Davon sind 140 Millionen Mark den provinzialen Hauptverwaltungen überwiesen worden, die etwa 40 Millionen Mark für Kriegsbeschädigte in 50 000 Fällen veranschlagt haben. 100 Millionen Mark sind noch verfügbar. 20 Millionen Mark werden als Reichsausgleichsfonds verwaltet zur Förderung allgemeiner deutscher Kriegsbeschädigten-Aufzuchtzwecke, weitere 10 Millionen dienen einem preussischen Ausgleichsfonds. Aus dem Ausgleichsfonds haben die orthodoxen Anstalten, das Kriegsgerichtshaus Dörsing-Dorf Zuwendungen erhalten, 500 000 Mk. sind für deutsche Kriegsbeschädigte im Auslande veranschlagt worden. Die Hauptfürsorgestellen neben Kriegsbeschädigten sind Tarlethen zur Selbständigmachung und bei Verheiratung zum Kauf von Möbeln.

### Die Arbeitslosenjünger Münchens.

München, 2. Jan. Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen betrug in Bayern am 1. d. Mts. 7100, davon 5337 männliche und 1763 weibliche. Dazu kommen noch 10 214 Zuschlagempfindiger. Es entfielen 50,8 Prozent aller männlichen und 75,3 aller weiblichen unterrichteten Erwerbslosen Bayerns allein auf München. (W. Z. B.)

### Die deutschen Milliardenleistungen außer der Reparation.

W. Z. B. meldet: Die Erörterung der Deutschland durch den Vertrag von Versailles aufgebürdeten finanziellen Verpflichtungen pflegt sich im allgemeinen auf die Reparationslasten zu beschränken. Es wird meistens vergessen, daß zu den Reparationszahlungen der bekannten 132 Milliarden Goldmark noch ganz beträchtliche Zahlungen aus anderen Teilen des Vertrages hinzukommen. Abgesehen von den fortlaufenden Zahlungserpflichtungen, die sich für das Reich aus dem Ausgleichsverfahren ergeben, kommen in erster Linie die während des Krieges gegen das feindliche Privateigentum in Deutschland getroffenen Maßnahmen abverlangt und von den verschiedenen gemischten Schiedsgerichtshöfen festgesetzt werden. Die bei diesen Schiedsgerichtshöfen eingeklagten Summen gehen schon jetzt nicht etwa in die Millionen, sondern weit in die Milliarden; dazu kommen aber neuerdings noch die von verschiedenen alliierten Ländern auf Grund einer besonderen Bestimmung des Vertrages von Versailles erhobenen Schadenersatzforderungen für solche deutschen Maßnahmen, die in der Zeit zwischen dem 11. Juli 1914 und dem Tage des Eintretens dieser Länder in den Krieg getroffen worden sind. Es handelt sich dabei um die Länder, die in den Weltkrieg erst später eingetreten sind. Um einen Begriff von der Höhe dieser Ansprüche zu geben, mag nur erwähnt werden, daß z. B. Portugal für diese Zeit einen Schadenersatz in Höhe von nicht weniger als rund 1/2 Milliarden Goldmark fordert.

### Reformpolitik bei der Reichspost.

Da selbst die neuen hohen Tarife der Reichspost das Defizit nicht decken werden, wird das Reichspostministerium jetzt Erwägungen anstellen, um den Betrieb rentabler zu gestalten. Es handelt sich in der Hauptsache um Betriebsverbesserungen, Verringerung des Personals und Erhöhung der Leistungsfähigkeit des übrigen Personals. Die Reichspost wird also auch ein neues Arbeitszeitgesetz für ihre Betriebe ausarbeiten. Eine weitere Erhöhung der Gebühren wird für unmöglich gehalten, weil das Wirtschaftsleben weitere Experimente nicht verträgt. Die Reichspost will ihre Pläne bereits Ende Januar dem Reichstage vorlegen.

### Gleichstellung der Reichspensionäre mit den preussischen.

Die Pensionäre des Reiches werden durch eine Novelle zum Pensionsergänzungsgesetz, die demnächst dem Reichstage zugehen wird, den preussischen Pensionären betriebs- und Alterszuschläge gleichgestellt werden. Der Entwurf hat Wirkung vom 1. Oktober 1921.

### Neue Gebührenerhebung bei den Zollämtern.

Berlin, 3. Jan. Dem „Bot. Anz.“ zufolge erhoben jetzt die Zollämter dafür, daß sie die als Druckbogen bezeichneten Zertifikate aus dem Auslande öffnen, um festzustellen, ob sie zu verpackenden Waren enthalten, eine Gebühr von 1 M.

### Erzbischof v. Faulhaber gegen das Reichsschulgesetz.

München, 3. Jan. Kardinal und Erzbischof Dr. von Faulhaber nahm in seiner Neujahrspredigt anlässlich scharf Stellung gegen das bevorstehende Reichsschulgesetz. Man kann in dieser Stellungnahme Aufwindung eines bevorstehenden Kulturkampfes erblicken, um so mehr, als die Predigt in den Worten anklang: „Zeitungen und Zeitschriften reden gegen die Kirche und das Papsttum eine Sprache, die auf die schrecklichsten Zeiten des alten Kulturkampfes erinnert. Nützen wir für diesen Kulturkampf!“

### Neuregelung der katholischen Kirchenverhältnisse in Nordschleswig.

Rom, 3. Jan. Eine päpstliche Bulle gliedert an das apostolische Bistum Danemarks den Teil der apostolischen Präfektur Schleswig-Holstein an, der infolge der Abtretung dänisch geworden ist. (W. Z. B.)

### Welche Rückschlüsse der Feind zog.

Der englische Generalmajor Sir Alfred Knox, der seit dem Jahre 1911 britischer Militär-Attaché in Petersburg war und es bis zum Januar 1918 blieb, wo er aufammen mit dem Botschafter Buchanan das bolschewistische Russland verlassen mußte, hat jetzt ein umfangreiches Werk über seine Ergebnisse bei der russischen Armee 1914 bis 1917 erschienen lassen. Das „Militär-Wochenblatt“ bringt eine eingehende Würdigung dieses bisher nur in englischer Sprache vorliegenden Buches, die u. a. folgende Feststellung enthält:

General Knox berichtet, daß ihm der Zar am 11. Juni 1916 in Mohilew gesagt habe:

„Die Tatsache, daß der deutsche Kaiser Bethmann-Sollweg dauernd von Frieden faßte (that he continually prayed of peace), während keiner der Alliierten jemals das Wort in den Mund nahm, sei doch ein Zeichen für den Niedergang der deutschen Moral.“

Genau dasselbe haben die nationalen Politiker, hat die nationale Presse, haben die großen Seerührer von jeher gesagt, ohne daß ihre Ansicht durchdrungen wäre. Im Gegenteil, die jetzt noch in Deutschland regierenden Parteien beschloßen kurz nach der Zeit, zu der sogar der mittliche nicht übertrieben scharfsinnige Zar aus dem ewigen Friedensgefäße den Niedergang der deutschen Moral schlussfolgerte, jene Friedensresolution zu Erbeberger, auf die sie sich heute noch etwas zugute tun. Man kann sich leicht vorstellen, wie das Urteil über diese Resolution erstalltet haben mag.

### Verchiebung der portugiesischen Wahlen.

Paris, 3. Jan. Nach einer Meldung des „Journal des Débats“ aus Lissabon hat die Regierung die auf den 8. Januar festgesetzten allgemeinen Wahlen bis zum 22. Januar verschoben. Die Stadt sei ruhig. Um indessen allen Aufrührerischen zuvorzukommen, habe die Regierung aus der Provinz Truppen kommen lassen, die in der Umgebung der Stadt untergebracht seien. In einer geheimen Bombenfabrik innerhalb des Gebäudes der industriellen Jugend habe eine Explosion stattgefunden. (W. Z. B.)